

„MSP auf den Leim gegangen?“

Zu unserem Bericht und Kommentar „Durcheinander kommt von der Stadt“ vom 17. Mai hat uns folgende Zuschrift erreicht:

Im Kommentar zur Betriebsbesichtigung der Grünen Stadträte bei MSP steht, „der Besucher hätte überzeugt sein können, dass bei MSP alles mit rechten Dingen zugeht, dass sich Fraktionssprecher Michael Nürbauer diese Erkenntnis nicht eingestehen wolle, stattdessen über unlautere Methoden spekuliere und am Ende gar über die Behörden schimpft. Zudem hätte er Herrn Gerstung auf einer früheren Veranstaltung ein Redeverbot erteilt“!

Soweit der Kommentar. – Vorweg: Redeverbote oder das Wegnehmen von Mikrophonen auf unseren Veranstaltungen ist nicht unser Stil!

Hätte ich die Möglichkeit eines Kommentares zu ihrem Pressebericht gehabt, könnte er etwa so lauten: Die Redaktion ist dem Gesellschafter von MSP, Herrn Gerstung bei der geschickt inszenierten Betriebsführung gewaltig auf den Leim gegangen, hat das ungewöhnliche Genehmigungsverfahren des Landratsamtes nicht untersucht, wo Auflagen nicht wie bei anderen Betreibern im Vorfeld zu er-

füllen sind, sondern großzügig Monate danach im laufenden Betrieb nachgereicht werden dürfen. Ebenso fehlen Aussagen über die ungeklärten Abwasserfragen und das laufende Gerichtsverfahren vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. Sie hat sich von dem momentanen Augenschein leiten lassen, der in diesem Zusammenhang nur sehr begrenzt Einblick in die Zusammenhänge gewährt.

Ich erlaube diese Einschätzung wie folgt zu begründen: Dem Bauausschuss der Stadt Bad Reichenhall wurde 2010 vorgegaukelt, MSP verlege den Wertstoffhof von Bayerisch Gmain nach Türk Marzoll. Angaben zur Müllmenge (Bayerisch Gmain jährlich unter 4.000 Tonnen, keine gefährlichen Abfälle) wurden nicht gemacht. Nach Akteneinsicht bei der Bauabteilung der Stadt konnte ich eine beantragte Menge von unglaublichen 128.050 Tonnen etwa das 32-Fache inklusive rund 1.000 Tonnen gefährlicher Abfälle nachweisen.

Diese „kleine“ Tatsache war uns verschwiegen worden, worauf im Februar 2012 der Stadtratsbeschluss zur Änderung des Bebauungsplans auf unseren Antrag einstimmig wieder aufgehoben wurde. Somit ist der alte Bebauungsplan von 1992 wie-

der gültig. Genaue Untersuchungen der Gutachten im Mai 2012 konnten zunächst Fehler im Lärmschutzgutachten und Staubgutachten aufdecken und einen Betonbrecher und Holzschredder im Freien verhindern. Im April 2012 hat das Landratsamt eine Genehmigung von 84.000 Tonnen jährlich mit etwa 20 Auflagen zum Brand- und Abwasserschutz erteilt. Daraufhin haben einige Anwohner beim Verwaltungsgericht München Klage eingereicht. Anstelle die Genehmigung auszusetzen bis zum gerichtlichen Entscheid, hat das Landratsamt eine Sofortgenehmigung erteilt, und noch Monate danach waren die im Genehmigungsbescheid geforderten Auflagen großteils nicht erfüllt, wie Akteneinsichten belegen.

MSP hat auch eine Tochterfirma in Österreich, von wo derzeit zwar nur Altpapier aus dem Salzburger Raum nach Türk angefahren wird, was sich bei der diskutierten Europäisierung des Müllmarktes schnell ändern kann. Die Sorge einer Mülldreh Scheibe ist somit keinesfalls unberechtigt. Der Standort so nahe an der Autobahn ist nach Ansicht von Fachleuten geradezu ideal. Mit der momentanen Infrastruktur kann der Betrieb die genehmigten Mengen nicht aus-

schöpfen, damit ist der Keim für künftige Betriebserweiterungen gelegt. In diesem Zusammenhang ist auch die Kampagne zur Verharmlosung des Betriebes zu sehen.

Eine Petition mit 1.800 Unterschriften, auch mit jener der Kurdirektorin und namhafter Lungenfachärzte wegen der Zwischenlagerung hochgiftiger Substanzen wie Asbest und Hölzern der Klasse 4, die Nervengifte enthalten, wurde mit dem Ziel, den Betrieb nur in einem dafür ausgewiesenen Industriegebiet zuzulassen, an den bayerischen Landtag eingereicht. Der Standort Türk Marzoll liegt im Kurbezirk des Staatsbades für Atemwegserkrankungen.

Die Klage der Anwohner wurde vom Verwaltungsgericht München im Dezember 2012 aufgrund der genehmigten Durchsatzmengen der gefährlichen Abfälle und der unmittelbaren Nähe zur Wohnbebauung an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof verwiesen.

Die wasserrechtliche Genehmigung, wie zum Beispiel fehlende Löschwasserrückhaltungsbecken, sind gefährliche Schwachpunkte, da im Katastrophenfall eine Gefährdung der biologischen Kläranlage nicht

auszuschließen ist. Ein Brand, wie dies häufig in derartigen Anlagen vorkommt, hätte für die Anwohner fatale Folgen.

Diese Versäumnisse anzusprechen, hat nichts mit „Schimpfen auf die Behörde“ zu tun, sondern mit Aufklärung. Dazu wurde beim Landratsamt eine Dienstaufsichtsbeschwerde eingereicht, die vom Landrat abgeschmettert wurde. Interessant ist in diesem Zusammenhang die Geschichte von MSP in Freilassing. Dort ist der Betrieb in die Insolvenz gegangen. Der verbliebene Müll musste laut Stadt Freilassing auf Kosten der Stadt entsorgt werden. Damit hat aber das heutige Unternehmen MSP in Türk Marzoll nichts zu tun. Geschäftsführer Pölzl war dort nach eigenem Bekunden „nur“ Angestellter, Gesellschafter Gerstung „nur“ freier Unternehmensberater.

Wir werden als gewählte Stadträte im Interesse des Gemeinwohls der Bürger an diesem Thema dranbleiben. Wir sind nicht gegen MSP, aber wir stellen den Standort und die Vorgehensweise der zuständigen Behörden in Frage.

Michael Nürbauer
Fraktionssprecher
Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Bad Reichenhall